



Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke, Bund der Deutschen Katholischen Jugend, Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung, Deutscher Caritasverband, Kolpingwerk Deutschland, Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Westdeutschland, Stiftung Akademie Klausenhof, Katholische Arbeitsgemeinschaft für Jugendsozialarbeit, Bundesverband der Katholischen Landvolkshochschulen, Katholisches Büro Berlin, Zentralkomitee der deutschen Katholiken, Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz

Nr. 05-2008, XX. Jahrgang

Schlagzeilen

Ausbildungsbonus beschlossen

Der Deutsche Bundestag hat die Einführung eines Ausbildungsbonus für sogenannte Altbewerber beschlossen. Arbeitgeber, die bis Ende 2010 förderungsbedürftige Jugendliche einstellen, die seit längerem vergeblich einen Ausbildungsplatz suchen, erhalten von der Agentur für Arbeit einen einmaligen Bonus von bis zu 6.000 Euro. Der Ausbildungsbonus ist Teil des Konzepts "Jugend - Ausbildung und Arbeit" der Bundesregierung.

Seite 7

Bundestag verabschiedet Antrag zum Lebenslangen Lernen

(Bundestag) Die Rahmenbedingungen für das so genannte Lebenslange Lernen sollen verbessert werden. Der Bundestag hat am 29. Mai einen Antrag (16/8380 – 9298 neu) von CDU/CSU und SPD zum Lebenslangen Lernen gegen die Stimmen der Opposition verabschiedet. In dem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, die Weiterbildung umfassend zu stärken. Insbesondere geht es darum, ein nationales Weiterbildungsziel zu setzen und eine gemeinsame Strategie für eine deutliche Anhebung der Weiterbildungsbeteiligung der Erwerbstätigen zu verfolgen.

Seite 3 und Dokumentation im Anhang

Aufwärtstrend auf dem Ausbildungsstellenmarkt

Entsprechend dem Rückgang bei den Arbeitslosenzahlen entspannt sich auch die Lage auf dem Ausbildungsmarkt etwas. Hiernach wurden in Industrie und Handel bis April 2008 bereits 8.600 (+8,6 %) mehr Ausbildungsverträge registriert als im Vorjahr, im Handwerk 1.600 (+6,4 %). Insgesamt beträgt der Zuwachs damit 10.200 (+8,1 %).

Seite 10

Dokumentation

Gesetzentwurf/Änderungen: Rahmenbedingungen für Lebenslanges Lernen verbessern – Weiterbildung und Qualifizierung ausbauen und stärken

Seite 15

Inhalt

Aus der katholischen Bildungsarbeit

S. 2: "Paten für Ausbildung"
Caritas fordert bessere Lern- und Entwicklungschancen für benachteiligte Kinder
S. 3: BDKJ und christliche Arbeiterjugend protestieren am ältesten Arbeiterdenkmal Deutschlands gegen Jugendarbeitslosigkeit
Klausenhof feiert 25 Jahre Standort Rhede

Bildungspolitik

S. 3: Bundestag: Berufliche Weiterbildung fördern!
S. 4: Kommt bald der Ausbau des Meister-BaföGs?
BMBF startet zum Tag des Ausbildungsplatzes neue Förderrunde JOBSTARTER
EU-Förderung für Wachstum und Jobs
S. 5: Niedersachsen: Millionen für berufliche Weiterbildung
Hessen: Neues 8-Mio.-Programm zur Förderung der beruflichen Weiterbildung
S. 6: Modellprojekt untersucht Weiterbildungsangebote für Ältere
Effiziente Umsetzung der Mittelerhöhung zur Förderung der Weiterbildung
Sachsen: Innovationspreis Weiterbildung 2008 ausgeschrieben
S. 7: Qualifikation der Arbeitnehmer in Baden-Württemberg spürbar verbessert
Ausbildungsbonus: Regierung gegen engere Abgrenzung der Zielgruppe

S. 8: Braun: Ein Ausbildungsbonus wäre Geldverschwendung!
S. 9: Norddeutsche Wirtschaft fordert Reform des Bildungsurlaubs

Nachrichten

S. 10: Weiterhin Aufwärtstrend auf dem Ausbildungsstellenmarkt
Tag des Ausbildungsplatzes: bundesweit 23.200 Ausbildungsplätze eingeworben
S. 11: Ausbildungsvergütungen - zum Teil große Unterschiede
Zehn neue Berufe ab Herbst 2008
S. 12: Rund 143 Milliarden Euro für Bildung im Jahr 2006
Kurse für Ausbilder: Großes Angebot - doch zwei Fernkurse "mangelhaft"
Die Landschaft der Weiterbildung 2007: Ergebnisse aus dem Projekt "Anbieterforschung"
S. 13: Hessen: Weiterbildungswettbewerb Innovativ 2008 gestartet
Woche der Weiterbildung für Menschen mit Migrationshintergrund
S. 14: Wissenschaftliche Studie belegt Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung
26. September. Deutscher Weiterbildungstag

Termine

S. 14: "Professionalität in der Bildungsberatung"
Fachkonferenz "Lerneinheiten internationaler Berufskompetenz"
Transferkonferenz des BMBF-Programms "Lernende Regionen"
Bildunghoch2 - die Weiterbildungsmesse in Frankfurt

Aus der katholischen Bildungsarbeit

„Paten für Ausbildung“

(Bistum Trier) Der Caritasverband in der Diözese Trier, der Caritasverband Mosel-Eifel-Hunsrück, Geschäftsstelle Cochem, das Dekanat Karden-Martental und die Aktion Arbeit des Bistums Trier haben in Kaisersesch das Patenschaftsprojekt „Paten für Ausbildung“ vorgestellt. Dabei sollen Frauen und Männer mit Lebens- und Berufserfahrung benachteiligte Jugendliche beim Übergang von der Schule zum Beruf unterstützen. Hintergrund des Projektes ist laut Martina Messan vom Diözesan-Caritasverband Trier (DiCV), dass über 12 Prozent der jungen Menschen unter 25 arbeitslos seien und 15 Prozent der Jugendlichen eines Jahrgangs bis zum 25. Lebensjahr keinen Ausbildungsabschluss erreichten.

Gemeindereferent Bernhard Gilles erläuterte, auch im Dekanat Karden-Martental gebe es Handlungsbedarf. Daher startet diese Projekt dort mit Beginn des neuen Schuljahrs am Hauptschulzweig der regionalen Schulen Treis-Karden und Kaisersesch. 10 Frauen und Männer werden als Patinnen und Paten jungen Menschen zur Seite zu stehen. Ihr ehrenamtliches Engagement wird fachlich durch die Pädagogin Claudia Liesenfeld-Gilles im Auftrag des Caritasverbandes in Cochem begleitet, es gibt Einführungsseminare sowie ein Netzwerk von Fachleuten und Beratungsstellen. Finanziell wird das Projekt von der Aktion Arbeit des Bistums getragen, etwa der Versicherungsschutz und die Fahrtkosten für die Patinnen und Paten, erklärte Rudi Hammes vom Generalvikariat in Trier. Die Schirmherrschaft für das Projekt hat Abt Benedikt von Maria Laach übernommen, denn „das ist eine wunderbare Idee angesichts dessen, was fehlt. Hier kann man mit einfachen, unkomplizierten Mitteln gutes erreichen.“

Beim dem Projekt sollen die Paten für etwa ein Jahr verlässliche Gesprächspartner sein, mit den Jugendlichen realistische Berufsperspektiven ermitteln, auch mal ein Bewerbungsgespräch „durchspielen“, bei Enttäuschungen für die jungen Frauen und Männer da sein und sie zum Durchhalten ermuntern. Die Schülerinnen und Schüler nehmen freiwillig am Patenprojekt teil. Bedingung ist der Wunsch, sich mit Unterstützung des Paten eine Zukunftsperspektive zu erarbeiten. Ob das Ziel, einen Ausbildungsplatz zu finden, erreicht werde oder nicht, die Beziehung an sich sei schon ein Erfolg, betonte Messan. Die Motivationen der neuen Patinnen und Paten sind etwa persönliche Betroffenheit bei den eigenen Kindern, Interesse an der Arbeit mit Jugendlichen oder der Wunsch, benachteiligten Jugendlichen die benötigte Unterstützung zu geben.

Patenschaftsprojekte werden seit mehreren Jahren von Kirche und Caritas durchgeführt. Messan erklärte, diese Projekte förderten Solidarität, Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit und seien ein erfolgreiches Modell bürgerschaftlichen Engagements. Die Erfahrungen und Qualifikationen der Ehrenamtlichen würden genutzt. Außerdem sei die Übernahme von Patenschaften eine Form direkter und liebevoller Hilfe, bei der die „Patenkinder“ Wertschätzung und Unterstützung erfahren.

Weitere Informationen: Ulrike Jung-Ristic, Telefon 02671-9752-0, info@caritas-cochem.de

Caritas fordert bessere Lern- und Entwicklungschancen für benachteiligte Kinder Wohlergehen von Kindern zentrale gesellschaftliche Herausforderung

(CVD) „Wir müssen auf allen gesellschaftlichen Ebenen aktiv werden, um die Lern- und Entwicklungschancen von benachteiligten Kindern nachhaltig zu verbessern“, mahnt Caritas-Präsident Peter Neher angesichts der heute vorgestellten Ergebnisse des UNICEF Berichts „Zur Lage der Kinder in Deutschland“. „Der frühe Ausschluss einer großen Zahl von Kindern von gesellschaftlicher Teilhabe und die damit verbundene Einschränkung ihrer Entwicklungschancen kann in einem reichen Land wie Deutschland nicht länger hingenommen werden. Wir können und dürfen es uns nicht leisten, einer wachsenden Zahl von Kindern und Jugendlichen die Perspektiven zu nehmen.“

Die Bericht belegt erneut: Von Kinderarmut besonders betroffen sind Kinder von Alleinerziehenden, aus ausländischen Familien, aus bildungsfernen Haushalten und von arbeitslosen Eltern. Gefordert sei jetzt eine gemeinsame Anstrengung aller staatlichen Ebenen und der Zivilgesellschaft zur Förderung der Ressourcen und Stärken jedes einzelnen Kindes. „Notwendig sind die materielle Stärkung der Familien, eine individuelle Förderung in Kindertagesstätte und Schule, die Schaffung kinderfreundlicher Lebensräume und Wohnbedingungen, Gesundheitsprävention und die Bereitstellung individueller Hilfe und Unterstützungssysteme“, fordert Neher.

Der Deutsche Caritasverband bietet in seinen Einrichtungen und Diensten eine Vielzahl von Hilfen an, um benachteiligten Kindern und Jugendlichen gute Startchancen zu ermöglichen. Die Caritas setzt dabei glei-

chermaßen auf eine Unterstützung von Eltern und Kindern. „Ziel muss der Aufbau einer Unterstützungskette von der Geburt bis zur Berufsausbildung sein“, so Neher. Kinder und Jugendliche in Armut müssten über alle institutionellen Übergänge hinweg frühzeitige und kontinuierliche Begleitung und Unterstützung erhalten.

Kontakt: Dr. Birgit Fix, Referentin Armutsbekämpfung und Arbeitsmarktpolitik im Berliner Büro des DCV, Telefon: 030 284447-78, E-Mail: birgit.fix@caritas.de

BDKJ und Christliche Arbeiterjugend protestieren am ältesten Arbeiterdenkmal Deutschlands gegen Jugendarbeitslosigkeit.

(BDKJ) Gegen Jugendarbeitslosigkeit haben die Christliche Arbeiter-Jugend (CAJ) und die BDKJ-Initiative „arbeit für alle“ am Freitag beim Katholikentag demonstriert. „Die Situation hat sich für arbeitslose Jugendliche kaum gebessert. Arbeitslosigkeit ist kein persönliches Versagen, sondern ein gesellschaftlicher Skandal“, so Ludger Urbic, Geschäftsführer des arbeit für alle e.V. (afa), für die Initiatoren.

Nach wie vor sind über 400.000 Jugendliche und junge Erwachsene arbeitslos. Damit sind 12,4 Prozent der unter 25-Jährigen ohne Ausbildung oder Arbeit. Zusammen mit jungen Menschen, die in Jugendberufshilfe oder Schule qualifiziert werden und mit Ein-Euro-Jobbern, sind es über 800.000 Arbeit suchende jungen Menschen. „Wenn es nicht gelingt ihnen eine Perspektive zu geben, wird es schwierig, den steigenden Fachkräftebedarf zu decken. Außerdem wächst damit sozialer Sprengstoff für die Zukunft“, sagt Stephen Makinya aus der CAJ-Bundesleitung.

Mit einer „Playstation“ am Haarmannsbrunnen, dem ältesten Arbeiterdenkmälern Deutschlands, haben Jugendliche von CAJ und afa das jüngste Arbeitslosen-„Denk-Mal“ errichtet. Hartz-IV-Formulare ausfüllen, Schlange stehen, vor dem Fernseher abhängen, Resignation, Gewalt, Alkohol: Mit Spielszenen und Sprüchen wie „Schlimmer als Arbeitslos zu sein ist, arbeitslos zu bleiben“ haben die Jugendlichen auf die prekäre Situation, die Perspektivlosigkeit und Gefahren des Abrutschens arbeitsloser Jugendliche hingewiesen. Gleichzeitig fordern afa und BDKJ mehr Engagement gegen Jugendarbeitslosigkeit.

Mehr Infos auf www.caj.de und www.afa-bdkj.de.

Klausenhof feiert 25 Jahre Standort Rhede

(Akademie Klausenhof) Als eine wichtige kirchliche Aufgabe bezeichnete der Diözesanadministrator des Bistums Münster, Dr. Franz Josef Overbeck, die Arbeit der Akademie Klausenhof am Standort Rhede. Vor 25 Jahren übernahm das Haus mit seinem Hauptsitz in Dingden die Gebäude in Rhede von den Steyler Missionsschwestern. Schwerpunkt der Arbeit ist heute vor allem die Berufsvorbereitung für Jugendliche, Ausbildung und Schulabschlusskurse für junge Migranten. Eine Diskussionsrunde lokaler Vertreter der Arbeitsagentur, von Handwerk und Wirtschaft sowie der Politik machte deutlich, dass angesichts des Fachkräftemangels eine Förderung, wie sie im Klausenhof durchgeführt wird, weiterhin unerlässlich sei, da die Anforderungen im Beruf hoch bleiben werden. Der Klausenhof feierte das Jubiläum außerdem mit einem Tag der offenen Tür.

Siehe www.akademie-klausenhof.de

Bildungspolitik

Bundestag: Berufliche Weiterbildung fördern!

(Bundestag) Die Rahmenbedingungen für das so genannte lebenslange Lernen sollen verbessert werden. Das beschloss der Bundestag am 29. Mai. In dem Antrag von CDU/CSU und SPD, der gegen die Stimmen der Opposition verabschiedet wurde, wird die Bundesregierung aufgefordert, die Weiterbildung umfassend zu stärken. Insbesondere geht es darum, ein nationales Weiterbildungsziel zu setzen und eine gemeinsame Strategie für eine deutliche Anhebung der Weiterbildungsbeteiligung der Erwerbstätigen zu verfolgen. Gefordert wird zudem eine "neue Weiterbildungsallianz" des Bundes mit den Ländern, Sozialpartnern und weiteren verantwortlichen Akteuren. Eine bundesweite Weiterbildungskampagne soll außerdem die Bedeutung des lebenslangen Lernens unterstreichen und das Bewusstsein dafür in der Bevölkerung schärfen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Weiterbildung als "tragenden Teil des Bildungssystems" zu verankern und zu prüfen, ob sie bundeseinheitlich systematisch gefördert werden könne. Als Ziel wird angestrebt, bis 2015 eine Beteiligung der Erwerbsbevölkerung von 50 Prozent in der "formalisierten Weiterbildung" und 80 Prozent in allen Lernformen zu erreichen. Deutlich erhöht werden soll ferner die Beteiligung

von Geringqualifizierten an allen Formen der Weiterbildung. Der Bundestag verlangt von der Regierung außerdem, die Weiterbildungsforschung zu stärken.

Kommt bald der Ausbau des Meister-BaföGs?

(Bundesregierung) Die Bundesregierung will das sogenannte Meister-BaföG ausbauen und für neue Berufe öffnen. Damit sollen mehr Berufstätige zum Aufstieg durch Bildung ermuntert werden, sagte der parlamentarische Staatssekretär im Bundesbildungsministerium, Andreas Storm (CDU), dem "Handelsblatt". Statt heute 136.000 Menschen könnten ab dem kommenden Jahr bis zu 50% mehr bei einer Weiterqualifizierung gefördert werden, hofft auch SPD-Bildungspolitiker Jörg Tauss. Besonders erfreulich sei, "dass das Meister-BaföG für die Sozialberufe geöffnet wird", sagte er der Zeitung.

Der Ausbau des Meister-BaföG ist ein Kernelement der Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung. Union und SPD haben im Koalitionsvertrag vereinbart, die in Deutschland unterbelichtete Weiterbildung zur vierten Säule des Bildungssystems zu machen. So hofft die Bundesregierung, den Nachwuchs für Fach- und Führungskräfte sowie für Existenzgründer für die Zukunft sichern zu können.

Das „Aufstiegsfortbildungsgesetz“ (AFBG), im Volksmund "Meister-BaföG" genannt, wurde 1997 eingeführt, um Erwerbstätige nach einer ersten Ausbildung bei der Fortbildung zu unterstützen. Wer einen höheren beruflichen Abschluss wie einen Meister oder staatlich geprüften Techniker, Informatiker, Betriebswirt oder ähnliches machen will, kann als Alleinstehender monatlich bis zu 614 Euro Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten. Rund ein Drittel davon ist Zuschuss, der Rest Darlehen. Für Eltern und Verheiratete sind die Sätze höher. Zuschüsse und Kredite gibt es auch für die Kosten der Kurse selbst sowie für das Meisterstück.

Siehe unter www.handelsblatt.com

BMBF startet zum Tag des Ausbildungsplatzes neue Förderrunde JOBSTARTER

(BMBF) Pünktlich zum Tag des Ausbildungsplatzes startet eine neue Förderrunde des JOBSTARTER-Programms. In der jetzt startenden vierten Runde von JOBSTARTER können bis zu 50 weitere Projekte gefördert werden. Ziel ist es, bis 2010 rund 350 Projekte zu unterstützen.

Zur Gewinnung und Besetzung zusätzlicher betrieblicher Ausbildungsplätze und für die nachhaltige Verbesserung regionaler Ausbildungsstrukturen stehen bis 2010 rund 125 Millionen Euro zur Verfügung. Jugendliche haben derzeit so gute Chancen auf eine Lehrstelle wie seit Jahren nicht mehr. Dennoch gibt es noch erheblichen Handlungsbedarf. "Die ermutigenden Signale sind kein Grund die Hände in den Schoß zu legen: Wir müssen alles daran setzen, jungen Menschen die für sie beste Qualifizierung zu ermöglichen", sagte Bundesbildungsministerin Annette Schavan am Montag zum Tag des Ausbildungsplatzes. Obwohl sich die rechnerische Lücke zwischen Lehrstellen und Bewerbern schließe, bestünde weiter dringender Handlungsbedarf, so die Ministerin. Wichtige Ansatzpunkte seien die passgenaue Vermittlung der Auszubildenden auf die vorhandenen Angebote, die Vermittlung von Altbewerbern, und die Verbesserung der Durchlässigkeit zwischen Schule, Ausbildung und Studium. "Wir wollen Aufstieg durch Bildung ermöglichen, indem wir die Barrieren an den Schnittstellen unseres Bildungssystems abbauen", betonte Schavan. Das Programm zielt auf die Gewinnung und Besetzung zusätzlicher betrieblicher Ausbildungsplätze und die nachhaltige Verbesserung regionaler Ausbildungsstrukturen. Dafür stehen bis 2010 rund 125 Millionen Euro zur Verfügung - bereitgestellt vom BMBF und teilfinanziert mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds. In der jetzt startenden vierten Runde von JOBSTARTER können bis zu 50 weitere Projekte gefördert werden. Ziel ist es, bis 2010 rund 350 Projekte zu unterstützen. Die bisherige Bilanz: Die rund 200 laufenden JOBSTARTER-Projekte der ersten Förderrunden haben seit 2006 über 16.000 Ausbildungsplätze akquiriert.

JOBSTARTER ist Teil des Nationalen Pakts für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland und der Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung zur Stärkung der Bildungschancen und Erhöhung der Durchlässigkeit im Bildungssystem.

Weitere Informationen unter: www.jobstarter.de

EU-Förderung für Wachstum und Jobs

(EU) Die Europäische Regionalpolitik wird künftig noch stärker auf Wachstum und Beschäftigung ausgerichtet sein. Dies ist das Ergebnis der Verhandlungen über kohäsionspolitische Programme für die Jahre 2007 bis 2013, die von der EU-Kommission vorgestellt wurden. Für die Investitionen im Rahmen der 450 neuen Programme ist eine Gemeinschaftsunterstützung in Höhe von 347 Milliarden Euro vorgesehen. Das ist der zweitgrößte Posten des Gemeinschaftshaushaltsplans.

Der überwiegende Teil der Kohäsionsmittel wird für die Umsetzung der Lissabon Strategie für Wachstum und Beschäftigung eingesetzt. Eines der Schlüsselemente bei den Verhandlungen war die Ausrichtung auf das Lissabon-Ziel, die Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern. Die Kohäsionspolitik wird mit über 86 Milliarden Euro zu Forschung und Entwicklung sowie Innovation beitragen. Die neuen Programme sehen auch hohe Investitionen in die Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) in den Bereichen allgemeine und berufliche Bildung, Online-Dienstleistungen für Unternehmen und Zugang zum Breitband-Internet vor. Die kohäsionspolitischen Gesamtinvestitionen in IKT-Dienstleistungen und - Infrastruktur dürften 15,3 Milliarden Euro erreichen. Annähernd 26 Milliarden Euro stehen für die Verbesserung der Qualität und Verfügbarkeit von Bildungs- und Berufsbildungsmöglichkeiten bereit. Der Schwerpunkt liegt auf umfassenden Systemen des lebenslangen Lernens, der Vermeidung vorzeitigen Schulabbruchs und der Sicherstellung einer hochwertigen Bildung für alle. Rund 19 Milliarden Euro werden bereitgestellt, um Beschäftigungshindernisse, insbesondere für Frauen, junge Menschen, ältere Menschen, gering qualifizierte Arbeitnehmer, Migranten und ethnische Minderheiten zu beseitigen. 10 Milliarden Euro stehen zur Verfügung, um von Armut und sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen und Personen mit sehr schlechten Beschäftigungsaussichten die Rückkehr auf den Arbeitsmarkt zu erleichtern.

Siehe unter http://ec.europa.eu/deutschland/index_de.htm

Niedersachsen: Millionen für berufliche Weiterbildung

(Land Niedersachsen) Das Land Niedersachsen wird die Weiterbildung und Qualifizierung für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in den nächsten sechs Jahren mit 16,7 Millionen Euro fördern. Die Mittel stammen aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE).

Mit der neuen Förderung sollen wirtschaftliche und soziale Entwicklungsunterschiede in den Regionen der Europäischen Union ausgeglichen werden, indem Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung gestärkt werden. Die Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen des Landes engagieren sich dabei auch mit gemeinsamen Angeboten, um den Beschäftigten eine hochwertige wissenschaftliche Weiterbildung anzubieten.

"Um die wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen zu meistern, wird es immer wichtiger, sich weiterzubilden und die einmal erworbenen Kenntnisse ständig anzupassen. Die Weiter- und Erwachsenenbildung wird künftig einen zunehmend wichtigen Teil des lebenslangen Lernens übernehmen", so der Niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kultur, Lutz Stratmann. "Mit den neuen Angeboten treiben wir ganz entschieden die Innovationsfähigkeit der niedersächsischen Wirtschaft weiter voran."

Im Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur wurden die besten Projekte der staatlichen und privaten Hochschulen, der Berufsakademien und Einrichtungen der Erwachsenenbildung in einer ersten Auswahlrunde ermittelt und Projekte in einem Fördervolumen von fünf Millionen Euro ausgewählt. Bereits bis Anfang Juli werden Vorhaben in Höhe von rund 4,4 Millionen Euro beginnen können.

In einem Kooperationsprojekt zwischen Einrichtungen der Erwachsenenbildung und Hochschulen entstehen in Zusammenarbeit des Bildungszentrums Heimvolkshochschule Hustedt, der Professional School der Leuphana Universität Lüneburg und der Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Fallstudien, in denen Probleme regionaler Unternehmen aufbereitet werden. Diese Fallstudien können in der Erwachsenen- und Weiterbildung oder in der universitären Lehre eingesetzt werden. So steigert das Projekt die Vernetzung in der Weiterbildung und überwindet institutionelle Schranken bei der Organisation des "lebenslangen Lernens".

Siehe unter http://ec.europa.eu/deutschland/index_de.htm

Hessen: Neues Acht-Millionen-Programm zur Förderung der beruflichen Weiterbildung – „Qualifizierungsschecks“

(Hessen) Hessen hat ein Acht-Millionen-Euro-Programm gestartet, mit dem die berufliche Weiterbildung gefördert werden soll. Ziel ist es, Beschäftigten in kleinen und mittleren Unternehmen ab 45 Jahren oder ohne Berufsausbildung in der ausgeübten Tätigkeit zusätzliche Anreize zur Fort- und Weiterbildung geben.

Er ist geplant, 16.000 so genannte Qualifizierungsschecks ausgeben, wie es bereits seit einiger Zeit in ähnlicher Weise in NRW praktiziert wird („Bildungsschecks“). Mit dem Scheck können 50 Prozent der Ausgaben für eine Bildungsmaßnahme bis zu einer Höhe von 500,- Euro übernommen werden.

Das Angebot gilt für Beschäftigte in kleinen und mittleren Unternehmen, die über 45 Jahre alt sind oder nicht über eine ausreichende Qualifizierung für die von ihnen ausgeübte Tätigkeit verfügen. Die Mittel für das bis 2013 laufende Förderprogramm stammen aus dem Europäischen Sozialfonds.

Laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit gibt es in hessischen kleinen und mittleren Unternehmen rund 470.000 Beschäftigte, die über 45 Jahre alt sind. Hinzu kommen rund 200.000 Beschäftigte ohne Ab-

schluss in der ausgeübten Tätigkeit. Voraussetzung für den Erhalt eines Qualifizierungsschecks ist eine persönliche Bildungsberatung, die für die potentiellen Weiterbildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer kostenlos ist. Als Ergebnis des Beratungsgesprächs werden Themen und Inhalte der beruflichen Weiterbildungsmaßnahme sowie die in Frage kommenden Weiterbildungsanbieter festgelegt. Am 14. Mai wurde der erste Qualifizierungsscheck ausgestellt.

Weitere Informationen: www.qualifizierungsschecks.de

Modellprojekt untersucht Weiterbildungsangebote für Ältere

(Rheinland-Pfalz) Ziel des Projektes ist es, Vorschläge zur Gestaltung von Weiterbildungsangeboten zu erarbeiten, die älteren Menschen nicht nur altersspezifische Themen wie Gesundheit vermitteln, sondern darüber hinaus befähigen, eine neue soziale Rolle nach der Erwerbsarbeit zu finden und sich aktiv an der Gesellschaft zu beteiligen. Die Forschungsergebnisse sollen den Weiterbildungsträgern in Rheinland-Pfalz als Empfehlung für ein zielgruppenorientiertes Weiterbildungsangebot zur Verfügung gestellt werden.

Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur Rheinland-Pfalz unterstützt das Projekt „Gleichberechtigte Teilhabe Älterer an der Weiterbildung: Qualitätskriterien und umsetzungsfähige Vorschläge“ 2008 mit einem Landeszuschuss in Höhe von rd. 24.500 Euro. 2009 sollen weitere 18.000 Euro an finanzieller Unterstützung zu den Gesamtkosten folgen.

Siehe unter www.mbwjk.rlp.de

Effiziente Umsetzung der Mittelerhöhung zur Förderung der Weiterbildung

(Rheinland-Pfalz) Im Rahmen der parlamentarischen Beratungen des Doppelhaushaltes 2007/08 hatte der Landtag Rheinland-Pfalz auf Antrag der SPD-Fraktion zusätzliche Mittel zur Schwerpunktförderung von Maßnahmen zur Alphabetisierung und für Schulabschlusskurse beschlossen. Darüber hinaus hatte die SPD-Fraktion eine neue Schwerpunktförderung für Maßnahmen der gesellschaftspolitischen Bildung im Haushalt verankert.

Für den zuständigen Landtagssausschuss hatte die SPD-Fraktion nun einen Bericht über die Umsetzung dieser Mittelerhöhung angefordert. Staatsministerin Doris Ahnen stellte dar, dass einvernehmlich mit den Weiterbildungsträgern "Leitlinien für Alphabetisierungsmaßnahmen" entwickelt wurden, die der Sicherung von Mindeststandards und der Stärkung der Maßnahmequalität, beispielsweise im Hinblick auf Qualifikation und Fortbildung der Kursleitenden dienen. Die Mindestgruppengröße bei Alphabetisierungsmaßnahmen wurde dahingehend festgelegt, dass auch kleine Kurse mit 5 Teilnehmenden möglich sind.

Für den erstmals zusätzlich geförderten Schwerpunktbereich der gesellschaftspolitischen Bildung konnten mit den Weiterbildungsträgern die Ziele, Themenbereiche und Anforderungen an die Maßnahmen vereinbart werden. Die Träger können damit auch kurzfristig Maßnahmen zu aktuellen Themen durchführen. Auch für die Kurse zur Vorbereitung auf einen Schulabschluss konnte die Mindestteilnehmendenzahl herabgesetzt werden und das Verfahren für die Zulassung von Lehrpersonal wurde deutlich vereinfacht.

Sachsen: Innovationspreis Weiterbildung 2008 ausgeschrieben

(Freistaat Sachsen) Jährlich vergibt der Freistaat Sachsen einen Preis für beispielhafte Innovationen in der allgemeinen, beruflichen, wissenschaftlichen, politischen oder kulturellen Weiterbildung. Mit der Auszeichnung sollen herausragende Ideen oder Projekte eine öffentliche Anerkennung finden. Das gute Beispiel soll dazu anregen, eigene Ideen umzusetzen und bestehende Projekte und Initiativen zu nutzen oder weiter zu verbreiten.

Alle sächsischen Weiterbildungseinrichtungen haben noch bis zum 13. Juni 2008 die Möglichkeit, sich für den "Innovationspreis Weiterbildung 2008" zu bewerben. Der Staatspreis ist insgesamt mit 40.000 Euro dotiert. Fünf Bewerber werden am Ende für ihre innovativen Ideen in der allgemeinen, beruflichen, wissenschaftlichen, politischen oder kulturellen Weiterbildung ausgezeichnet.

Insgesamt werden 40.000 Euro Preisgeld vergeben, die auf maximal fünf Preisträger aufgeteilt werden. Das Preisgeld ist zweckgebunden für ein Weiterbildungsprojekt in Sachsen zu verwenden. Um den Innovationspreis können sich alle in Sachsen ansässigen und in der Weiterbildung tätigen öffentlichen oder privaten Einrichtungen sowie Vereine und Stiftungen bewerben.

Die Bewerbungen sind bis zum 13. Juni zu richten an: Sächsisches Bildungsinstitut, Frau Ute Pfeil, Dresdener Straße 78, 01445 Radebeul, siehe unter: www.sachsen-macht-schule.de/

Qualifikation der Arbeitnehmer in Baden-Württemberg spürbar verbessert

(Land BW) In Baden-Württemberg hatten im Jahr 2007 von den rund 3,8 Millionen sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen fast 400 000 oder gut jeder Zehnte eine akademische Ausbildung. Wie das Statistische Landesamt feststellt, hat sich in den zurückliegenden 20 Jahren die Qualifikation der Beschäftigten in Baden-Württemberg spürbar verbessert. So verdoppelte sich im Zeitraum 1987 bis 2007 der Anteil der Beschäftigten, die einen Abschluss an einer Fachhochschule oder Hochschule/Universität absolviert hatten, von 5 auf 10 Prozent. Gleichzeitig ging der Anteil der Beschäftigten ohne Ausbildungsabschluss von 32 auf 19 Prozent kräftig zurück. Im Jahr 2007 konnten jedoch immer noch fast 720 000 Arbeitnehmer keine abgeschlossene Berufsausbildung vorweisen, im Jahr 1987 waren es sogar 1,14 Mill. Mit fast 2,27 Mill. besitzen heute die meisten Arbeitnehmer (fast 60 Prozent) eine abgeschlossene Lehrausbildung bzw. einen Berufsfach- oder Fachschulabschluss.

Die Entwicklung der Qualifikation der Arbeitnehmer in Baden-Württemberg zeigt nur einen Teilaspekt aus dem vielfältigen Datenangebot zum Arbeitsmarkt, das vom Statistischen Landesamt im Internet veröffentlicht wird. Unter dem Titel »Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg – Indikatoren zu Konjunktur und Struktur« erhalten alle an diesem Thema Interessierten stets aktuell eine kompakte Gesamtschau mit wichtigen Daten, aussagekräftigen Abbildungen und kurzen Analysen.

Das Angebot kann abgerufen werden unter <http://www.statistik-bw.de/ArbeitsmErwerb/arbeitsmarktBW>.

Ausbildungsbonus: Regierung gegen engere Abgrenzung der Zielgruppe

(Bundestag) Der Bundestag hat die Einführung eines Ausbildungsbonus beschlossen (16/9456). Mit ihren Änderungen reagierten Union und SPD auf Kritik von Arbeitgebern, Gewerkschaften und Bundesrat, die die Zielgruppe für den Unternehmenszuschuss als zu weit gefasst ansehen. Für Realschüler mit schlechten Noten in Mathematik und Deutsch im Abschlusszeugnis soll der Ausbildungsbonus nunmehr als Ermessens- und nicht mehr als Pflichtleistung gewährt werden. Neu ist auch, dass Lehrlinge, deren Ausbildung wegen einer Insolvenz des ausbildenden Betriebes vorzeitig beendet wird, ebenfalls von dem Ausbildungsbonus profitieren sollen. Wer ein gefördertes Betriebspraktikum absolviert hat und im selben Unternehmen einen Ausbildungsplatz bekommt, soll außerdem nicht grundsätzlich von dem Bonus ausgeschlossen sein. Allerdings soll die Einstiegsqualifizierungsförderung angerechnet werden.

Der Ausbildungsbonus in Höhe von 4.000 bis 6.000 Euro für jede zusätzliche Lehrstelle soll nach dem Willen der Koalition dann gewährt werden, wenn die eingestellten Jugendlichen die Schule mindestens bereits im Vorjahr verlassen haben, keinen oder einen niedrigen Schulabschluss haben und sich schon früher um einen Ausbildungsplatz bemüht haben. Bei behinderten Jugendlichen erhöht sich die Förderung um 30 Prozent. Die Arbeitgeber sollen dem Entwurf entsprechend verpflichtet werden, die Zusätzlichkeit des Ausbildungsverhältnisses zu beweisen. Die finanzielle Unterstützung ist bis Ende 2010 befristet. Es sei mit Mehrausgaben in Höhe von 450 Millionen Euro im Haushalt der Bundesagentur für Arbeit (BA) zu rechnen, heißt es in dem Entwurf. Verändert hat die Koalition die Auszahlungsmodalitäten. Jetzt sollen 50 Prozent des Bonus nach Ablauf der Probezeit und 50 Prozent der Leistung nach Anmeldung des Azubis zur Abschlussprüfung ausgezahlt werden.

Ferner ist eine so genannte Berufseinstiegsbegleitung vorgesehen, die im BA-Etat bis zum Jahr 2014 mit rund 240 Millionen Euro zu Buche schlagen soll. In einem Modellprojekt sollen bei einem Träger fest beschäftigte Berufseinstiegsbegleiter Schüler an 1.000 Schulen im ganzen Bundesgebiet beim Übergang von der allgemein bildenden Schule in die Ausbildung über längere Zeit "individuell unterstützen und dadurch die berufliche Eingliederung der Schüler erleichtern". Der Gesetzentwurf ist laut Regierung wesentlicher Teil der von der Bundesregierung im Januar beschlossenen Qualifizierungsinitiative. Ziel dieses Konzeptes ist die Schaffung von 100.000 zusätzlichen Ausbildungsplätzen bis zum Jahr 2010.

www.bundestag.de/Gesetzgebung/Drucksachen/aktuelle_Drucksachen/Dokumente_16/9456

Braun: Ein Ausbildungsbonus wäre Geldverschwendung!

(DIHK) Die Einführung eines Ausbildungsbonus würde kaum für zusätzliche Lehrstellen in Deutschland sorgen. Das belegt eine aktuelle Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages.

Die Erhebung unter rund 12.000 Unternehmen zeigt, dass 85 Prozent der Betriebe ihre Ausbildungspläne infolge des Bonus nicht ändern würden.

"Der Ausbildungsbonus ist Geldverschwendung", brachte DIHK-Präsident Ludwig Georg Braun die Ergebnisse gegenüber der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" auf den Punkt. "Viele der befragten Unternehmen planen ohnehin, ihr Ausbildungsangebot zu vergrößern. Diese nehmen dann den Bonus mit. Zusätzliche Ausbildungsplätze entstehen so aber nicht."

Wichtiger als solche kostspieligen Finanzspritzen seien den Betrieben gezielte Unterstützungsleistungen bei der Ausbildung, berichtete Braun. Dazu zähle beispielsweise begleitende sozialpädagogische Betreuung.

Zwei Drittel der befragten Unternehmen sieht den Schlüssel für mehr Lehrstellen nicht im Auflegen öffentlicher Förderprogramme, sondern in einer verbesserten Ausbildungsreife der Jugendlichen.

"Auch der neue Armutsbericht zeigt, dass schlechte Schulbildung eine Hauptursache für Arbeitslosigkeit und damit für Armut ist", so DIHK-Präsident Braun. "In der besseren Betreuung und Förderung schon der Schüler wäre das Bonusgeld daher viel besser angelegt."

Bei den anstehenden Beratungen im Bundestag zum Ausbildungsbonus komme es nun darauf an, "den Bonus zumindest auf die wirklichen Problemfälle, also lernschwache Jugendliche, zu begrenzen". Nur so ließen sich Mitnahmeeffekte verringern.

Siehe www.dihk.de

Norddeutsche Wirtschaft fordert Reform des Bildungsurlaubs

(IHK Nord) Bildung sei der entscheidende Erfolgsfaktor in der heutigen Wissensgesellschaft, betont die IHK Nord in ihrem Positionspapier. Daher fördere und fordere sie Qualifizierung als notwendige Zukunftsinvestition. Der prinzipiell richtige Gedanke, über Bildungsurlaubs- und Bildungsfreistellungsgesetze Bildungsimpulse zu setzen, werde durch weit gefasste Bildungsurlaubsmöglichkeiten in der bestehenden Gesetzgebung aber konterkariert. Folgende Kernforderungen nennt die IHK Nord in ihrem Positionspapier zur Reform der Bildungsurlaubsgesetze:

- Die zum Teil bestehende Ausrichtung der gesetzlich anerkannten Weiterbildungsangebote auf Qualifizierungen mit erkennbarem Freizeit- oder Sportcharakter muss entfallen. Außerdem sollte die Begrifflichkeit „Bildungsurlaubsgesetz“ einheitlich auf „Bildungsfreistellungsgesetz“ geändert werden, um den Eindruck einer Freizeitorientierung zu vermeiden.
- Der Umfang der Bildungsfreistellung sollte für Weiterbildungsangebote, die nicht berufsbezogen sind, auf fünf Arbeitstage innerhalb eines Zwei- Jahreszeitraumes begrenzt werden. Eine Möglichkeit der Kumulierung der Bildungsurlaubstage auf folgende Jahreszeiträume sollte entfallen.
- Da Bildung und Weiterbildung nicht nur Aufgabe des Unternehmens, sondern auch des Arbeitnehmers selbst ist, sollte eine Freistellung nur unter der Bedingung gewährt werden, dass der Anspruchnehmer für die Hälfte der Dauer arbeitsfreie Zeit einbringt.
- Die Weiterbildung nach dem Bildungsfreistellungsgesetz muss transparenter gestaltet werden. Unternehmer müssen die Möglichkeit erhalten, sich über die Inhalte der Bildungsveranstaltungen des Arbeitnehmers vorab zu informieren.
- Der Arbeitnehmer muss dem Arbeitgeber die Teilnahme an einer Maßnahme spätestens acht Wochen vor Beginn mitteilen, um die betriebliche Planung zu erleichtern.
- In Betrieben mit bis zu 50 Mitarbeitern kann eine betriebliche Weiterbildung an den Freistellungsanspruch angerechnet werden (Kleinbetriebsklausel).
- Um die bestehende Zersplitterung der Ansprüche in Norddeutschland zu beseitigen, sollten die vorgeannten Punkte einheitlich bei der Reform aller norddeutschen Bildungsurlaubs- bzw. Bildungsfreistellungsgesetze berücksichtigt werden.

Nachrichten

Weiterhin Aufwärtstrend auf dem Ausbildungsstellenmarkt

Auch die Kammern bestätigen die positive Entwicklung auf dem Ausbildungsstellenmarkt. Hiernach wurden in Industrie und Handel bis April 2008 bereits 8.600 (+8,6 %) mehr Ausbildungsverträge registriert als im Vorjahr, im Handwerk 1.600 (+6,4 %). Insgesamt beträgt der Zuwachs damit 10.200 (+8,1 %).

Nach den am 29.05.2008 veröffentlichten Daten der BA stellt sich die Situation am Ausbildungsstellenmarkt wie folgt dar: Von Oktober 2007 bis Mai 2008 wurden der Ausbildungsvermittlung insgesamt 404.100 Ausbildungsstellen gemeldet, dies sind 33.500 mehr als im Vorjahreszeitraum. Die Zunahme basiert überwiegend auf mehr betrieblichen Angeboten (+29.500 auf 378.700; außerbetriebliche: +4.100 auf 25.400).

Seit Beginn des Beratungsjahres haben insgesamt 517.200 Bewerber die Ausbildungsvermittlung bei der Suche nach einer Lehrstelle eingeschaltet, 97.700 weniger als im Vorjahr. Damit nimmt nun schon das zweite Jahr in Folge die Bewerberzahl sowohl in West- als auch in Ostdeutschland ab.

Eine Ursache für den Rückgang ist der demographische Wandel, der sich ganz deutlich in den Bewerberzahlen in Ostdeutschland aber auch allmählich in Westdeutschland niederschlägt.

Dieser Rückgang zeigt sich auch in der weiter sinkenden Zahl von Absolventen allgemein bildender Schulen. Außerdem suchen Jugendliche bei der aktuell guten Arbeitsmarktsituation zunächst selbst nach einer Lehrstelle und nehmen die Dienstleistung der Ausbildungsvermittlung erst später oder gar nicht in Anspruch.

Ferner machen sich auch die intensiven Bemühungen der Bundesagentur für Arbeit im vergangenen Jahr um die Bewerber aus früheren Schulabgangsjahren bemerkbar: So ging deren Zahl deutlich stärker zurück als die Zahl der Bewerber aus dem aktuellen Schuljahr.

Die Zahl der Ende Mai noch unbesetzten Ausbildungsstellen lag mit 170.400 in etwa auf dem Niveau des Vorjahres (+300 oder +0,2 Prozent). Allerdings zeigen sich Unterschiede nach West- und Ostdeutschland. Während im Westen mit 134.600 noch unbesetzten Stellen ein Rückgang von 2.200 oder 2 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen ist, kann in Ostdeutschland mit 35.600 noch freien Stellen ein Plus von 2.500 oder 8 Prozent gegenüber dem Mai 2007 festgestellt werden.

Als noch unversorgt zählten im Mai 260.300 Bewerber, 61.000 oder 19 Prozent weniger als im Vorjahr. Dabei hat sich die Zahl der noch unversorgten Bewerber gegenüber dem Vorjahr in Westdeutschland um 34.400 oder 15 Prozent auf 198.300 reduziert und in Ostdeutschland um 26.600 oder 30 Prozent auf 61.800. Die deutlichen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr schlagen sich auch in der rechnerischen "Lücke" nieder. Die rechnerische Differenz zwischen unbesetzten Ausbildungsstellen und noch unversorgten Bewerbern ist gegenüber dem Vorjahr um 41 Prozent zurückgegangen (von 151.200 auf 89.900). Dabei ist die Lücke in Westdeutschland um 34 Prozent kleiner geworden (von 95.900 auf 63.700) und in Ostdeutschland um 53 Prozent (von 55.300 auf 26.200).

Für eine fundierte Einschätzung zur Entwicklung des Ausbildungsstellenmarktes sei es laut Bundesagentur für Arbeit zum derzeitigen Zeitpunkt zu früh. So bleibe insbesondere abzuwarten, wie sich das Meldeverhalten von Jugendlichen und Ausbildungsbetrieben in den kommenden Monaten ändert.

www.arbeitsagentur.de

Tag des Ausbildungsplatzes: bundesweit 23.200 Ausbildungsplätze eingeworben

(BA) Mitarbeiter der Bundesagentur für Arbeit (BA) haben am "Tag des Ausbildungsplatzes", insgesamt 23.200 Ausbildungsplätze eingeworben. Damit wurde das Ergebnis des vergangenen Jahres (17.600) deutlich übertroffen.

"Obwohl sich die Lage am Ausbildungsstellenmarkt in diesem Jahr erneut etwas entspannter darstellt als in den vergangenen Jahren, ist jede zusätzliche Lehrstelle wichtig. Denn zum jetzigen Zeitpunkt haben wir noch mehr Ausbildung suchende Jugendliche als gemeldete Ausbildungsplätze. Wir wollen jedem ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen ein Angebot machen", sagte BA-Vorstand Raimund Becker gestern in Berlin.

Mitarbeiter der Agenturen für Arbeit und der Arbeitsgemeinschaften zur Betreuung der Arbeitslosengeld II-Bezieher nahmen am Tag des Ausbildungsplatzes Kontakt mit fast 55.200 Unternehmen auf. Mehrere Tausend Berufsberater, Arbeitsvermittler und Führungskräfte haben bundesweit bei Betriebsbesuchen und im Rahmen von Telefonaktionen für den Ausbildungsbeginn im Herbst 2008 und für das nachfolgende Ausbildungsjahr zusätzliche Ausbildungsplätze akquiriert.

"Bereits jetzt spüren die Arbeitgeber in einigen Regionen und Berufen Fachkräftemangel. Nur wer heute ausbildet, sichert sich seine künftigen Fachkräfte. Dies ist umso wichtiger, als in den nächsten Jahren weniger Jugendliche die Schule verlassen und eine Ausbildung suchen werden", appellierte Becker ausdrücklich.

Ausbildungsvergütungen - zum Teil große Unterschiede

(WSI) WSI-Tarifarchiv der Hans Böckler Stiftung: Ausbildungsvergütungen zwischen 332 und 1.260 Euro - Regionale Unterschiede bis zu 455 Euro im Monat

Die tariflich geregelten Ausbildungsvergütungen fallen je nach Branche und Ausbildungsjahr sehr unterschiedlich aus. Sie variieren von 332 Euro im privaten Verkehrsgewerbe Thüringen im 1. Ausbildungsjahr bis zu 1.260 Euro im Bauhauptgewerbe West im 4. Ausbildungsjahr.

Dies geht aus einer Auswertung von Tarifverträgen in ausgewählten Wirtschaftszweigen und Tarifbereichen hervor, die das Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung in Düsseldorf vorgelegt hat. Im vergangenen Jahr stiegen die Ausbildungsvergütungen überwiegend zwischen knapp zwei und vier Prozent. In einigen Tarifbereichen wurden keine Steigerungen vereinbart. Innerhalb der Branchen gibt es zum Teil bundesweit einheitliche Ausbildungsvergütungen, es bestehen aber auch beträchtliche regionale Unterschiede. "Die Ausbildungsvergütungen zeigen ähnliche Differenzierungen wie die Tariflöhne und -gehälter", sagt WSI-Tarifexperte Dr. Reinhard Bispinck. "Neben bundeseinheitlichen Tarifverträgen gibt es solche mit starken regionalen Unterschieden, häufig verbunden mit einem West-Ost-, aber auch mit einem Süd-Nordgefälle". Legt man das 3. Ausbildungsjahr zugrunde, reichen die regionalen Differenzen bei den Vergütungen je nach Wirtschaftszweig von 54 bis zu 455 € im Monat (Stand: 1.6.2008).

Siehe auch unter www.boeckler.de/show_ausbildung.html

Zehn neue Berufe ab Herbst 2008

(BIBB) Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) setzt die Modernisierung der dualen Berufsausbildung fort. Zu Beginn des Ausbildungsjahres 2008 gehen am 1. August zehn neue oder modernisierte Ausbildungsberufe an den Start.

In den vergangenen zwölf Jahren habe das BIBB 79 Berufe neu entwickelt und 215 weitere modernisiert. "Dies zeigt, wie wandlungs-, leistungs- und innovationsfähig die duale Berufsausbildung ist."

BIBB-Präsident Manfred Kremer hob den hohen Praxisbezug der Ausbildungsberufe hervor, die das BIBB im Auftrag der zuständigen Bundesministerien entwickelt oder modernisiert. Dies wird durch die maßgebliche Beteiligung von Sachverständigen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie die enge Zusammenarbeit mit Bund, Ländern, Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften erreicht. "So entsteht ein praxisnahes, zukunftssträchtiges Angebot für Betriebe und Unternehmen - und nicht zuletzt für die junge Generation."

Mit Blick auf die demografische Entwicklung forderte der BIBB-Präsident die Wirtschaft auf, sich künftig auf eine differenziertere Klientel bei Lehrstellenbewerbern und -bewerberinnen einzustellen. "Die Zeiten, in denen Betriebe und Unternehmen aus einem großen Reservoir an qualifizierten Schulabgängern und Schulabgängerinnen wählen konnten, sind definitiv vorbei. Es gilt, sich jetzt intensiv insbesondere um diejenigen zu kümmern, die aufgrund welcher Schwierigkeiten auch immer in den vergangenen Jahren zu kurz gekommen sind. Wir brauchen sie alle, um unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit aufrechtzuerhalten."

Die neuen Ausbildungsberufe ab 1. August 2008 im Überblick:

- Automatenfachmann / Automatenfachfrau
- Fachkraft für Automaten-service
- Fotomedienfachmann / Fotomedienfachfrau
- Personaldienstleistungskaufmann / Personaldienstleistungskauffrau
- Produktionstechnologe / Produktionstechnologin
- Servicekraft für Schutz und Sicherheit
- Speiseeishersteller / Speiseeisherstellerin
- Hinzu kommen modernisierte Ausbildungsordnungen für:
 - Fachkraft für Schutz und Sicherheit
 - Friseur / Friseurin
 - Seiler / Seilerin

Eine inhaltliche Beschreibung der neuen und modernisierten Ausbildungsberufe 2008 bietet eine gleichnamige Broschüre des Bundesinstituts für Berufsbildung. Sie kann im Internetangebot des BIBB kostenlos unter www.bibb.de/berufe heruntergeladen werden.

Rund 143 Milliarden Euro für Bildung im Jahr 2006

(Destatis) Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) wurden im Jahr 2006 in Deutschland 142,9 Milliarden Euro für Bildung ausgegeben (2005: 141,6 Milliarden Euro). Das entspricht einem Anteil am Bruttoinlandsprodukt von 6,2% (2005: 6,3%).

Angaben über die Finanzierungsstruktur liegen für das Jahr 2005 vor. Danach wurden die Bildungsausgaben 2005 in Höhe von 141,6 Milliarden Euro zu gut 76% aus den öffentlichen Haushalten (Bund: 8%, Länder: 51%, Kommunen: 17%) und zu rund 24% vom privaten Bereich und dem Ausland finanziert.

Mit 114,5 Milliarden Euro entfiel der größte Teil der Ausgaben im Jahr 2005 auf die Erstausbildung in Kindergärten, Schulen und Hochschulen sowie auf die duale Ausbildung. Die Ausgaben für Bildungsförderung und die Käufe der privaten Haushalte von Bildungsgütern lagen bei 13,1 Milliarden Euro.

Auf die Bereiche Weiterbildung, Jugendarbeit, Horte und dergleichen, die von der OECD, der Unesco und von Eurostat nicht in den internationalen Vergleich der Bildungsausgaben einbezogen werden, entfielen 14,0 Milliarden Euro.

Grundlage dieser Ergebnisse sind die Berechnungen des Statistischen Bundesamtes zum Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft, dem zahlreiche amtliche und nichtamtliche Datenquellen zugrunde liegen. Das Budget besteht aus einem international abgegrenzten Kernbereich und einem zusätzlichen Teil bildungsrelevanter Ausgaben in nationaler Abgrenzung.

Siehe unter www.destatis.de

Kurse für Ausbilder: Großes Angebot – doch zwei Fernkurse "mangelhaft"

(Stiftung Warentest) Nach der Aussetzung der Ausbildereignungsprüfung stellte die Stiftung Warentest die Qualität der Kurse für die Ausbildung der Ausbilder auf die Probe.

Ausbilder, die in Betrieben Azubis mit Rat und Tat zur Seite stehen sollen, müssen ab dem kommenden Ausbildungsjahr wieder mit einer Prüfung ihre fachliche und persönliche Eignung nachweisen. Denn die Aussetzung der so genannten Ausbilder-Eignungsverordnung brachte nicht die erwünschten Effekte. Stiftung Warentest hat Kurse und Fernlehrgänge zur Ausbildung der Ausbilder unter die Lupe genommen.

Wer in Deutschlands Betrieben und im öffentlichen Dienst junge Menschen ausbilden will, muss ab August 2008 seine fachliche und persönliche Eignung dafür in einer Prüfung nachweisen. Rund 44.000 Menschen jährlich büffeln für diese Ausbildereignungsprüfung (Ada) - zur Zeit freiwillig und meist in den Vorbereitungskursen der Industrie- und Handels- sowie Handwerkskammern. test hat 123 Präsenzkurse untersucht und zwölf Fernkurse getestet. Fazit: Wer sich vor der Buchung genau informiert, kann Hunderte von Euros und viel Zeit sparen.

Die untersuchten Präsenzkurse, die meist bei den Industrie- und Handels- sowie Handwerkskammern laufen, kosten zwischen 130 und 790 Euro. Im Durchschnitt bezahlt man für einen Ada-Lehrgang 460 Euro. Große Unterschiede auch bei der Dauer: Je nach Anbieter liegt die Kursdauer zwischen 30 und 130 Unterrichtseinheiten, die man je nach Anbieter Vollzeit, abends oder an Wochenenden absolvieren kann. Der Stoffplan sieht 120 Unterrichtseinheiten vor.

Wer zeitlich und örtlich unabhängig sein möchte, kann in einem der zwölf bundesweiten Fernkurse büffeln. Der beste Fernkurs im Test war das IHK-Bildungshaus Schwaben, das das Qualitätsurteil Gut erzielte und als einziger Fernkurs eine „sehr gute“ fachliche Qualität bot. Zwei Kurse offerierten nicht die vorgeschriebene Präsenzphase und wurden deshalb mangelhaft bewertet.

Bis 2003 war die Ada bereits schon einmal Pflicht. Um mehr Ausbildungsplätze zu schaffen, hatte das Bundesministerium für Bildung und Forschung die Ausbildereignungsverordnung (AVEO) ausgesetzt und damit auf die Prüfung verzichtet. Da diese Maßnahme nicht den erwünschten Erfolg brachte, wird die AVEO ab August 2009 in modifizierter Form wieder in Kraft treten und die Prüfung wieder Pflicht.

Siehe unter www.test.de

Die Landschaft der Weiterbildung 2007: Ergebnisse aus dem Projekt „Anbieterforschung“ -

(WB Monitor) Die Anzahl und Vielfalt der Weiterbildner mit offenem Angebot konnte erstmals näherungsweise bestimmt werden: Mehr als 17.000 Einrichtungen versorgen den Markt – die größten Gruppen sind singuläre, private, kommerzielle Anbieter. 56 % bieten berufliche Weiterbildung an, 6 % allgemeine Weiterbildung und 38 % beides. Das hat eine einmalige Aktion zur Anbieterforschung ergeben, bei der im Dezember 2007 in Kurzform einige Strukturmerkmale von allen Auskunftswilligen erfragt wurden. (Mehr Informationen zum Projekt finden Sie unter www.anbieterforschung.de. Die Umfrage wurde im Rahmen des seit 2001 durchgeführten „wbmonitor“ des BIBB / DIE ermittelt. Mit dem Projekt „Anbieterforschung“ wurde die Grundgesamtheit der Weiterbildungsanbieter erstmalig umfassend zusammengestellt und auf Gültigkeit

geprüft: Aus diversen Verzeichnissen, darunter über 70 Weiterbildungsdatenbanken, wurden rund 22.000 bereinigte Adressen möglicher Anbieter ermittelt und telefonisch oder online kontaktiert. Rund 13.000 erwiesen sich als „echte“ Weiterbildungsanbieter. Weitere rund 4.000 Anbieter wurden nicht kontaktiert, weil sie BIBB und DIE bekannt waren.

Als Maß für die Größe der Anbieter wurde die Zahl unterrichteter Stunden erfragt. Rund zwei Prozent der Anbieter gaben mehr als 60.000 Stunden an. Die Hälfte der Anbieter erteilt jedoch nicht mehr als 1.260 Unterrichtsstunden; der Mittelwert liegt bei rund 7.000. Wird für eine grobe Schätzung des gesamten offenen 2007 genutzten Weiterbildungsvolumens in Deutschland dieser Wert mit 17.000 Anbietern multipliziert, ergeben sich 119 Millionen erteilte Dozentenstunden.

Aufgrund der hohen Umfragebeteiligung konnte die Dichte des Weiterbildungsangebots nach Bundesländern bestimmt werden. Dazu wurde die Anbieterzahl pro Land zur Einwohnerzahl im Erwerbsalter in Beziehung gesetzt. Mit Abstand die höchste Anbieterdichte haben Bremen und Hamburg. Relativ niedrig ist sie in den neuen Ländern, in Niedersachsen und Rheinland-Pfalz.

Parallel zum ifo Klimaindex für die Wirtschaft ermittelt wbmonitor seit der Umfrage 2007 r Angaben zur Lage und Entwicklung den „wbmonitor Klimaindex für die Weiterbildung“. Die Weiterbildungsbranche weist im Dezember 2007 mit einem Wert von 26 ein positives Klima auf. Die Lageeinschätzung ist gegenüber dem im Mai 2007 ermittelten Wert in der wbmonitor Umfrage fast identisch und mit 33 Punkten ebenfalls optimistisch. Die Erwartung weiterer positiver Entwicklungen für die nächsten zwölf Monate liegt mit 19 Punkten gegenüber 25 Punkten in der kleineren Maiumfrage etwas niedriger.

Bei allen Anbietergruppen überwiegt jedoch eine positive Lagebeurteilung. Besonders gut geht es kommerziellen, privaten Anbietern beruflicher Weiterbildung. Betrachtet man regionale Unterschiede, so zeigen sich in den Stadtstaaten Berlin und Hamburg sowie in den traditionell wirtschaftsstarken südlichen Ländern Bayern und Baden-Württemberg besonders hohe Klimawerte.

Der Klimawert wird gemittelt aus gewichteten Salden zu wirtschaftlicher/haushaltsbezogener Lage der Einrichtungen und deren zukünftiger Entwicklung, die positiv, neutral oder negativ beurteilt werden können. Er kann zwischen – 100 und

+ 100 schwanken und ist eine konzeptuelle Adaption des ifo Geschäftsklimaindexes. Dieser lag für den Dienstleistungssektor im Dezember 2007 bei 18.

Von den rd. 13.000 Umfrageteilnehmern im Projekt „Anbieterforschung“ beantworteten rd. 6.000 die Fragen zur Berechnung des Klimaindex' und 6.600 machten Angaben zu Unterrichtsstunden.

Das Land mit dem niedrigsten Klimawert ist Bremen; dort ist die Erwartung, dass die Lage sich verbessern wird, kaum noch vorhanden. An der hohen Anbieterdichte scheint dies aber nicht zu liegen: Hamburg hat bei noch mehr Anbietern je Einwohner einen überdurchschnittlich positiven Klimawert.

Einen echten Abschwung vermutet eine leichte Mehrheit von Anbietern mit allgemeiner Weiterbildung als Schwerpunkt wie Volkshochschulen und Einrichtungen von Kirchen oder konfessioneller Verbände, denn deren Erwartungssaldo ist bereits ins Negative gerutscht.

Hessen: Weiterbildungswettbewerb Innovativ 2008 gestartet

(Verein Weiterbildung Hessen) Der Verein Weiterbildung Hessen e.V. zeichnet gemeinsam mit dem Hessischen Wirtschaftsministerium und der HA Hessen Agentur GmbH im Rahmen des Wettbewerbs „Weiterbildung Innovativ“ zum dritten Mal wegweisende Angebote zur Weiterbildung in Hessen aus.

Wie Wirtschaftsminister Alois Rhiel, der auch Schirmherr des Wettbewerbs ist, am Freitag in Wiesbaden mitteilte, können bis zum 5. September 2008 Bildungsofferten eingereicht werden, die neuartige Themen und Inhalte vermitteln, innovative Methoden und Techniken einsetzen oder bisher unerschlossene Zielgruppen ansprechen. Bedingung ist, dass die Angebote bereits erfolgreich durchgeführt wurden und der Bildungsanbieter in Hessen seinen Sitz hat.

Über die Vergabe entscheidet eine fachkundige und unabhängige Jury. Die drei Preise, die mit 1.500 Euro, 1.000 Euro und 500 Euro dotiert sind, werden auf dem Vereinstag von Weiterbildung Hessen e.V. im Oktober durch Wirtschaftsminister Alois Rhiel überreicht.

Weitere Infos unter www.wb-hessen.de

Woche der Weiterbildung für Menschen mit Migrationshintergrund, 26. bis 31. Mai 2008

(WHKT) Zur Förderung der beruflichen Weiterbildungsbeteiligung setzt sich der Westdeutsche Handwerkskammertag dafür ein, öffentlichkeitswirksam zu zeigen, dass mehr berufliche Qualifizierung gerade auch bei Menschen von über 25 Jahren und mit Migrationshintergrund zu mehr beruflicher Sicherheit führt und maßgeblich die Integration fördert. Hierzu hat der WHKT O-Töne verschiedener Entscheidungsträger aus dem Handwerk zusammengetragen, Interviews mit Unternehmern und selbstverständlich Migranten selbst geführt sowie entsprechendes Bildmaterial für die journalistische Verwendung produziert.

Siehe unter www.handwerk-nrw.de

Wissenschaftliche Studie belegt Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung

(WHKT) Absolventen einer beruflichen Weiterbildung auf hohem Niveau und Akademiker sind entsprechend der aktuell vom Westdeutschen Handwerkskammertag in Düsseldorf veröffentlichten Studie gleichermaßen in der Lage, die Anforderungen der Wirtschaft an Führungskräfte zu erfüllen. Die Ergebnisse belegen den hohen Stellenwert beruflich Qualifizierter und sind ein klares Signal an junge Menschen, den Karriereweg über das berufliche Bildungssystem einzuschlagen. Die damit verbundenen Aufstiegsmöglichkeiten und Perspektiven sind nicht schlechter als die von Akademikern. Deshalb fordern die Kammern, den Meistern und Fachwirten besser heute als morgen die Zusatzbezeichnung Bachelor Professional zu verleihen, um diese Gleichwertigkeit auch auf dem europäischen Arbeitsmarkt sichtbar zu machen. Die vor zahlreichen Interessenten aus Politik, Wirtschaft, Ministerien und Wissenschaft im Malkasten Düsseldorf präsentierte Studie hat unter dem neuen Ansatz „Berufswertigkeit“ Abschlüsse der beruflichen Weiterbildung auf ihre Gleichwertigkeit hin zu akademischen untersucht. Hierfür wurden in zwei telefonischen Erhebungen 800 Personalverantwortliche und über 800 Führungskräfte aus Nordrhein-Westfalen aus den Branchen Chemie, Elektro, Handel und Tourismus befragt. Die Studie wurde koordiniert durch den Westdeutschen Handwerkskammertag und durchgeführt durch Experten des Forschungsinstituts für Berufsbildung im Handwerk an der Universität zu Köln (FBH) und der FOM Fachhochschule für Oekonomie & Management Essen.

Download der Studie: www.handwerk-nrw.de/berufswertigkeit

26. September: Deutscher Weiterbildungstag

Nun steht es fest: der Weiterbildungstag 2008 am 26. September steht unter dem Motto "Bildung ist Zukunft". Nach intensiver Diskussion mit Veranstaltern, Kooperationspartnern und Unterstützern des Deutschen Weiterbildungstages fiel die Wahl in diesem Jahr auf den Aspekt der Zukunftsfähigkeit. "Jugendliche, Unternehmen, MigrantInnen, Ältere, der Einzelne: sie alle brauchen (Weiter-)Bildung für ihre Zukunft", so die Begründung der Auswahlkommission für das Motto 2008. Auf Basis dieses Leitsatzes beginnen nun die inhaltliche Arbeit und die Gestaltung der Plakate für den Deutschen Weiterbildungstag 2008.

Der „Deutsche Weiterbildungstag“ ist eine Initiative des Bundesverbandes der Träger Beruflicher Bildung e.V. (BBB) und des deutschen Volkshochschul-Verbandes DVV in Kooperation mit zahlreichen weiteren Partnern der Branche. Er soll angesichts des anhaltenden Fachkräftemangels und nach wie vor sinkender Ausgaben für Aus- und Weiterbildung auf die Bedeutung von Weiterbildung und lebenslangem Lernen aufmerksam machen.

Die Veranstalter rechnen auch für 2008 mit hohen bzw. steigenden Teilnehmerzahlen am Deutschen Weiterbildungstag. Alle Unternehmen, Verbände und Einrichtungen der Aus- und Weiterbildung sind zur Kooperation eingeladen.

Infos unter [/www.deutscher-weiterbildungstag.de/](http://www.deutscher-weiterbildungstag.de/)

Termine

05. - 06.06.2008: „**Professionalität in der Bildungsberatung**“, Verbundprojekt Bildungsberatung in den Lernenden Regionen, Kaiserlautern, www.bb-dialog.de

25. - 26. Juni: Fachkonferenz „**Lerneinheiten internationaler Berufskompetenz**“. Nationale Agentur Bildung für Europa beim BiBB in Bonn, www.na-bibb.de/

10. -11. September 2008: Transferkonferenz des BMBF- Programms „Lernende Regionen – Förderung von Netzwerken“, Berlin, www.lernende-regionen-transferkonferenz.de.

21. – 22. November: **Bildunghoch2 – die Weiterbildungsmesse in Frankfurt**, Sigma Studio, in Zusammenarbeit mit der Goethe-Universität Frankfurt, www.bildunghoch2.de